

Antrag

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Verordnung (Euratom) des Rates zur Änderung der Regelung der Bezüge und der sozialen Sicherheit der Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Kernforschungsstelle, die in den Niederlanden dienstlich verwendet werden

— Drucksache 7/4420 —

A. Problem

Die Bezüge der Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Kernforschungsstelle in Petten (Niederlande) sollen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festgelegt werden.

B. Lösung

Die Gehälter der Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Forschungsstelle in den Niederlanden sollen um 3,01 bzw. 5 v. H. angehoben werden; außerdem soll eine einmalige Zulage gewährt werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Bundeshaushalt wird nicht unmittelbar belastet.

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
von dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Drucksache 7/4420 — Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 15. Januar 1976

Der Innenausschuß

Dr. Schäfer (Tübingen)

Vorsitzender und Berichterstatter